

Grüne hinken beim Regieren hinterher

POLITIK Am Wochenende haben die Grünen in Baselland einen Regierungssitz ergattert. Die Partei ist auf dem Vormarsch – und hat trotzdem viel Aufholbedarf.

RUEDI STUDER, BERN
schweiz@luzernerzeitung.ch

Die Grünen sind eine 5-Prozent-Partei – zumindest, was die kantonalen Exekutiven betrifft: Mit der Wahl von Isaac Reber in die Baselländer Regierung (siehe gestrige Ausgabe) sitzen nur acht Grüne in den Kantonsregierungen. Bei schweizweit 156 Regierungsräten macht dies eine magere Quote von 5,1 Prozent. Nimmt man den Wähleranteil bei den letzten Nationalratswahlen mit 9,6 Prozent als Richtschnur, müssten die Grünen heute mindestens 15 Regierende stellen. Auf ihrem bisherigen Höhepunkt nach der Aargauer Regierungswahl 2008 stellten die Grünen immerhin 10 Regierungsmitglieder.

Sympathien im anderen Spektrum

Der Aufholbedarf ist also gross. Doch haben die Grünen das Potenzial, in weiteren Kantonen Sitze zu gewinnen? Der Politologe Georg Lutz von der Universität Lausanne zeichnet ein differenziertes Bild. Gemäss einer Studie seines Instituts haben die Grünen das grösste Wählerpotenzial unter den grossen Parteien. Fast 48 Prozent der Befragten konnten sich nämlich vorstellen, grün zu wählen. Für nur knapp 40 Prozent hingegen war die Stimmabgabe für die SVP eine Option. «Die Grünen geniessen Sympathien weit über ihr eigenes Segment hinaus», analysiert Lutz.

Moderate sind wählbarer

Doch damit sie diese bei Majorzwahlen in einen Wahlerfolg ummünzen könnten, müssten mehrere Faktoren zusammenpassen. «Grüne Kandidaten haben dann eine Chance, wenn sie als moderate Persönlichkeiten gelten und sich an die politische Mitte anlehnen. Das ist die Logik der Majorzwahl und gilt nicht nur für die Grünen, sondern für alle Polparteien», erklärt der Wahlforscher.

Ein wichtiger Faktor sei aber auch, dass das links-grüne Lager selber über

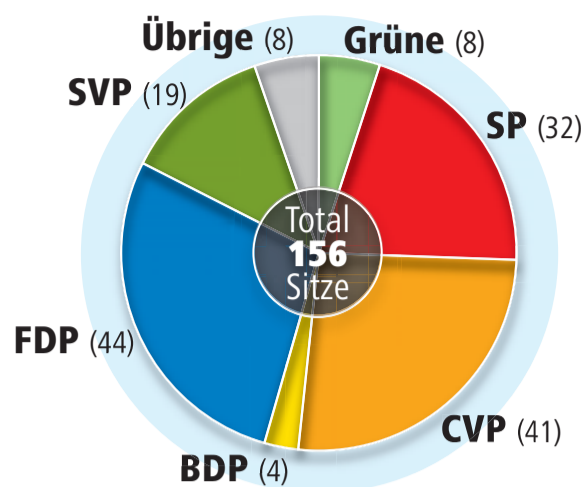
eine substantielle Wählerbasis verfüge. Begünstigend sei zudem, wenn nicht zu viele Bisherige antreten – was allerdings in Baselland nicht der Fall war. Und schliesslich: «Wenn dann noch die bür-

gerlichen Allianzen nicht richtig spielen, reicht es.»

Tatsächlich waren es nicht gerade Hardliner, die in den letzten 25 Jahren grüne Exekutivmandate eroberten. In

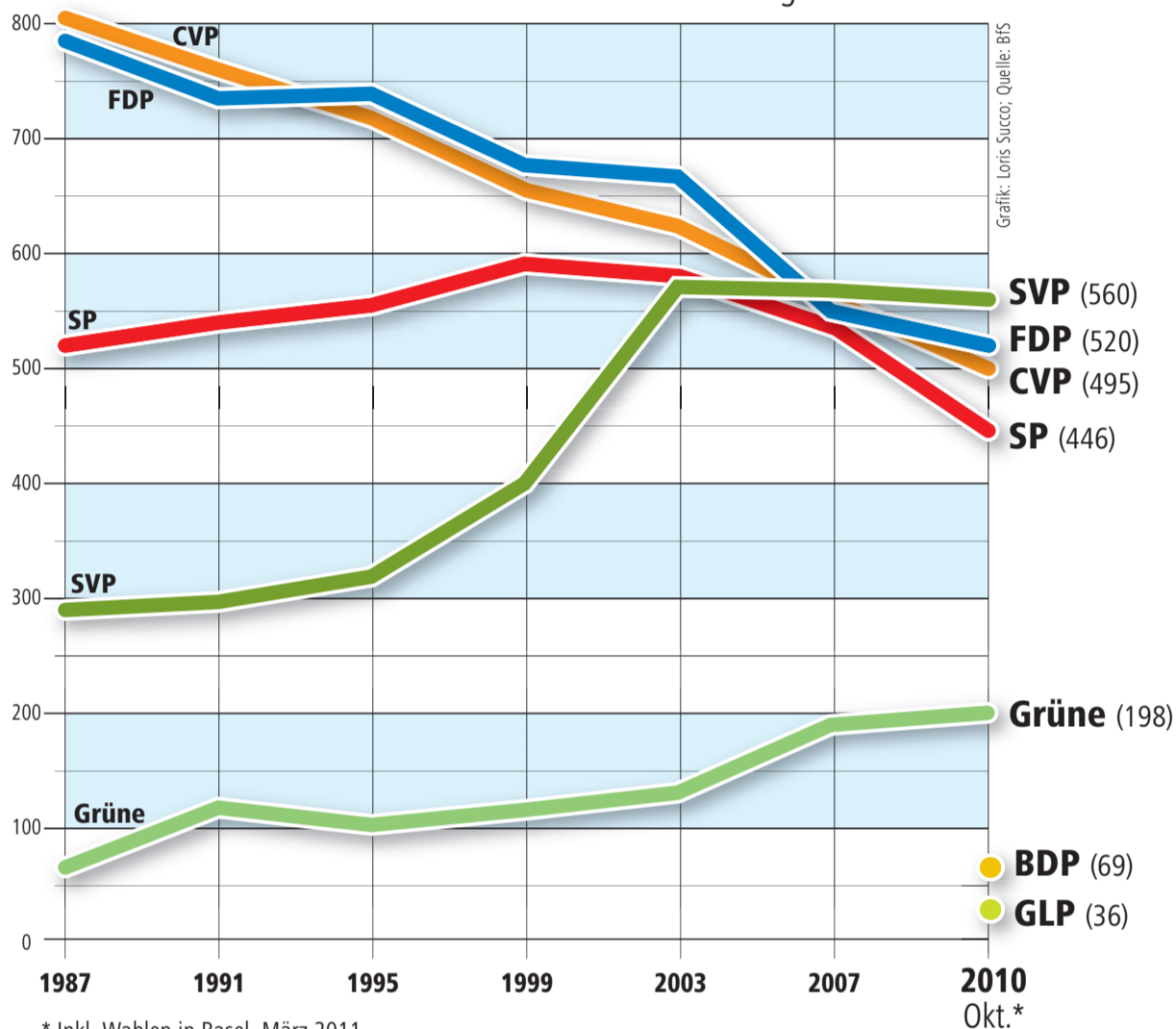
Kantonale Regierungen

Mandatsverteilung, Stand März 2011



Kantonale Parlamente

Mandatsverteilung



* Inkl. Wahlen in Basel, März 2011

Grafik: Lotus Surco; Quelle: BIS

Hiler in Genf, Bernhard Pulver in Bern oder Susanne Hochuli im Aargau – gelten nicht als Heissporne, sondern als umgängliche Pragmatiker. Ebenso wie nun als jüngster grüner Hoffnungsträger der Basler Isaac Reber, der im Wahlkampf als Realo mehr mit Finanzthemen als mit Umweltpolitik gepunktet hat.

Erdrechtsiege unwahrscheinlich

Doch auch wenn die grünen Realos mehrheitsfähig sind: Dass sie nun mit dem Fukushima-Effekt im Rücken die kantonalen Exekutiven im Sturm erobern, glaubt Politologe Lutz nicht. Politische Erdbeben seien nicht zu erwarten, der eine oder andere Sitz liege aber noch drin. Von den an den beiden kommenden Wochenenden anstehenden Urnengängen in Zürich, Luzern und Tessin sieht Lutz für die Grünen vor allem in Zürich eine interessante Ausgangslage. Dort tritt mit Martin Graf ein langjähriger Parlamentarier an, der zudem als Stadtpräsident von Illnau-Effretikon fungiert: «Der Sitz von SVP-Vertreter Markus Kägi ist gefährdet», so Lutz.

Doch auch wenn die Grünen bei den Regierungsmandaten Boden gutmachen: Bei den Parlamentswahlen scheint es harziger zu laufen; zumindest in Basel. Hier legten die Grünen nur einen Sitz zu, auf neu zwölf Mandate.

Ein Anhaltspunkt, dass bei den Grünen in Sachen Kantonsparlamente nun Stagnation angesagt ist? Nicht unbedingt, meint Georg Lutz. Die Grünen hätten wegen der Klimadebatte bereits ein relativ hohes Niveau erreicht – im Baselland lag der Wähleranteil schon vor vier Jahren bei 12 Prozent. Und insgesamt habe das grüne Lager, zu welchem er auch die Grünliberalen zählt, deutlich zugelegt – in Baselland holte die GLP aus dem Stand 3 von 90 Landratssitzen.

Ob die Grünen trotz Konkurrenz auch in den Parlamenten weiter markant zulegen können, sei offen. Sicher nütze den Grünen Fukushima nun als «sehr emotionales Thema», so Lutz. Angesichts der Ausgangslage müssten sich die Grünen in den Parlamenten zumindest halten können: «Sonst machen sie etwas falsch.»

Harte Arbeit

Die grünen Erfolge, gerade auch bei den Regierungsräten, seien hart erarbeitet, sagt derweil Parteichef Ueli Leuenberger. Der Erfolg hänge nicht nur von starken Persönlichkeiten als Kandidaten ab, sondern auch von einer guten Fraktionsarbeit im Parlament. Dass in Zürich die Grünen erneut auf Kosten der SVP in die Regierung einziehen könnten, freut Leuenberger, der selbst eine gewisse Schadenfreude nicht verhehlen mag: «Am letzten Sonntag habe ich dreimal das Baselländer Lied gesungen», lacht er. «Was ich nächsten Sonntag singen muss, weiss ich noch nicht.» Die Tonleiter üben wird er schon mal.

Die Basler Wahl sorgt in Luzern für Zuversicht

REGIERUNGSRATSWAHL Mit Isaac Reber wählten die Baselländer Wahlberechtigten am Wochenende erstmals einen Grünen in die Regierung. In Luzern schöpfen die Grünen jetzt erst recht Hoffnung, es mit Adrian Borgula dem Halbkanton gleichzutun.

«Es freut mich natürlich, wenn meine Chancen steigen», sagt der Luzerner Kandidat. Zwei Beobachtungen stimmen Borgula zuversichtlich, dass seine Partei am 10. April nicht als krasser Aussenseiter in die Ausmarchung um die fünf Regierungssitze steigt. Zum einen wird der 52-jährige Biologe oft von bürgerlichen Bekannten angesprochen. «Es handelt sich auch um Leute, die bei Regierungsratswahlen noch nie Grüne wählten. Sie versicherten mir, mich auf ihrer Wahlliste aufgeführt zu haben.»

Zum andern hat der Stadtluzerner bei der zweiten Umfrage dieser Zeitung Boden gutgemacht und den SVP-Konkurrenten Urs Dickerhof auf den letzten Platz der insgesamt acht kandidierenden Frauen und Männer verwiesen. Potenzial gegen oben hat der Grüne alleine schon darum, weil die CVP nach dem ersten Wahlgang wohl kaum noch mit drei, sondern zwei Kandidierenden in die zweite Runde vom 15. Mai steigt.

«Borgula dürfte bis weit in das bürgerliche Lager von CVP und FDP Stimmen abholen», ist CVP-Präsident Martin Schwegler überzeugt. «Weniger wegen seiner politischen Haltung als dank seiner Person.»

Die Person ist entscheidend

Regierungsratswahlen sind Majorzwahlen – dabei spielen die Köpfe eine mindestens so bedeutende Rolle wie die Parteien, für die sie stehen. Borgula war 16 Jahre lang Kantonsrat, führte vorübergehend die Fraktion der Grünen, vor zwei Jahren präsidierte er das Parlament. Das Profil eines Hinterbänklers sieht anders aus.

Rollt der Grüne dank dem Japan-Effekt und den grünen Wahlerfolgen in Baden-Württemberg und Baselland das Feld von hinten auf? Borgula hält den Ball flach. Und er hütet sich tunlichst, Kapital aus der AKW-Katastrophe in Japan zu schlagen. Er sagt aber auch: «Wir

bekämpften die Option Atomstrom von Anfang an konsequent. Die Grünen sind keine Krisengewinnler. Es sind andere Parteien, die schnell ihre Position wechselten. Die Ereignisse in Fukushima sind zu einschneidend, als dass sie sich einfach ignorieren lassen.»

Der historische Umschwung in Baden-Württemberg lässt keine Rückschlüsse auf Luzern zu. Zu stark unterscheiden sich die politischen Systeme der Schweiz und Deutschlands. Selbst Baselland bietet sich nur beschränkt als Vergleich an, räumt Borgula ein: «Der bevölkerungsreichste Teil des Halbkantons zählt zur Agglomeration der Stadt Basel. In Luzern hat die Landschaft ein viel stärkeres Gewicht. Dort tut sich die Linke traditionell eher schwer.»

Vermisstes Bekenntnis

Auf die historisch unterschiedlich gewachsene Parteilandschaft weist auch CVP-Präsident Martin Schwegler hin. Und ergänzt: «Der Basler Isaac Reber ist ein moderater Grüner. Er benutzt den Begriff Nachhaltigkeit auch für die Finanzpolitik. Ein Bekenntnis, das ich bei den Luzerner Grünen vermisse.»

Dem setzt Borgula eine andere Rechnung entgegen: Die Entwicklung von erneuerbaren Energien berge heute ein grosses wirtschaftliches Potenzial in sich. «Die Luzernerinnen und Luzerner werden sich erinnern, wer gegen Atomkraft und für natürliche Alternativen gekämpft hat», sagt er. Das stimme ihn zuversichtlich.

Der Luzerner Grüne
Adrian Borgula.
Bild Remo Nägeli

RAINER RICKENBACH



Andreas Ladner,
Politologe an der
Uni Lausanne.

Stimmen dank Japan?

Andreas Ladner, im Kanton Baselland verdrängte ein Grüner den amtierenden SVP-Baudirektor aus der Regierung. Auch dank des «Japan-Effekts»?

Andreas Ladner: Man kann davon ausgehen, dass «Japan» dem grünen Kandidaten zusätzliche Stimmen eingebracht hat. Es fällt auf, dass der SVP-Kandidat relativ wenige Fremdstimmen gemacht hat. Mit den Stimmen der eigenen Parteibasis allein gewinnt man in den meisten Kantonen keine Majorzwahlen. Mit diesem Problem ist die SVP seit ihrem kometenhaften Aufstieg konfrontiert.

Im Basler Landrat legten die Grünen nur einen Sitz zu. Wird der Einfluss der AKW-Katastrophe überschätzt?

Ladner: Die Stimmen verteilen sich im Parlament auf verschiedene grüne Parteien. Auch Grünliberale eroberten drei Sitze. Es gab sicher einen «Japan-Effekt». Wie viele Stimmen und Wählerprozente er im Endeffekt ausmacht, ist schwierig zu beziffern.

Könnte sich das Basler Szenario in Luzern wiederholen, indem der Grüne Adrian Borgula in die Regierung ge-

wählt wird, sich die Sitzgewinne im Kantonsrat aber in Grenzen halten?

Ladner: Exekutivwahlen sind stärker personenorientiert als Legislativwahlen. Auf der Regierungsratsliste hat es natürlich Platz für einen zusätzlichen Kandidaten des linken Lagers. Wirft man eine Parlamentarierliste ein, entscheidet man sich eher für seine Stammpartei.

Müssen auch in Luzern FDP und CVP bangen, weil in der Mitte die Grünliberalen um Wählerstimmen buhlen?

Ladner: Ja. Die Grünliberalen sind eine grüne Kraft, die sich rechts der SP positioniert und versucht, für das bürgerliche Lager attraktiv zu sein. Sie

NACHGEFRAGT

können zu einem Problem für die FDP, vielleicht sogar auch die CVP werden.

Ebbt die Sympathiewelle für grüne Parteien ab, wenn die Japaner die AKW unter Kontrolle bringen?

Ladner: Das ist schwierig zu sagen. Die Parteien bemühen sich, dieses Thema nachhaltig in den Wahlkampf einzubringen, mit Initiativen zum AKW-Ausstieg und zum Umbau der Energieversorgung. Die Parteien legen den Fokus auf Themen, bei denen sie stark sind. Nicht alle Parteien werden sich daher in gleichem Ausmass zur Energiepolitik äussern. Sie müssen versuchen, eigene Themen zu setzen, um ihre Wähler bei Stange zu halten. kä

